

Fahrtüchtigkeitsprüfung im Alter

Im Jahr 2022 starben in Europa 20 640 Menschen im Straßenverkehr. Das EU-Parlament hat sich zum Ziel gesetzt, die Zahl der Verkehrstoten in den Mitgliedstaaten bis 2050 auf null zu senken und die Verkehrssicherheit im Allgemeinen zu verbessern. Zudem bemüht man sich um eine Vereinheitlichung der Führerscheinregelungen, da in den einzelnen Mitgliedstaaten völlig unterschiedliche Regelungen gelten. Das EU-Parlament hat seinen Standpunkt zur Überarbeitung der Führerscheinrichtlinie am 27.02.2024 verabschiedet. Diese sieht vor, dass Führerscheine unabhängig vom Alter alle 15 Jahre erneuert werden müssen. Die Parlamentarier befürworten außerdem, dass bei der Erneuerung eine Selbsteinschätzung der Fahrtauglichkeit vorgenommen werden soll.

Für ältere Verkehrsteilnehmer ändert sich also erst einmal kaum etwas. Trotzdem wieder einmal die Diskussion einer Fahrtüchtigkeitsprüfung für Seniorinnen und Senioren. Nach dem derzeitigen Stand im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr des EU-Parlaments, soll ab einem gewissen Alter die Rentenbezieher ihre Fahrtüchtigkeitsprüfung durch einen verpflichtenden Test überprüfen lassen.

Nach Einschätzung des Pressesprechers der Seniorenvertretung Neu-Anspach, Harry Euler, ist diese Pflichtprüfung für die Bevölkerungsgruppe 60plus eine besondere Art der Altersdiskriminierung. Eine Altersgrenze widerspricht der Lebensrealität. Der Fitnessgrad der über 65-Jährigen ist äußerst unterschiedlich. Es gibt ältere Menschen, die so manchen 50-jährige Mitbürgerin oder Mitbürger körperlich oder mental überlegen sind. Außerdem setzt Euler als Demokrat eher auf Freiwilligkeit und Einsicht. Zwangsmaßnahmen sind in der Sache nicht förderlich. Ebenso zeigen die steigenden Zahlen der freiwillig zurückgegebenen Führerscheine ein verantwortungsvolles Handeln älterer Menschen. Dies ist ein weiterer überzeugender Beleg.

Die Diskussion zum Thema wird seit vielen Jahrzehnten kontrovers geführt. Die einen sind für verpflichtende, starre Regelungen, die anderen setzen auf Freiwilligkeit. Zwischen diesen Meinungen gibt es eine bunte Mischung unterschiedlicher Positionen und Initiativen. Mit einer Wegnahme des Führerscheins würde gerade Seniorinnen und Senioren ein Stück Lebensqualität genommen.

Euler ist davon überzeugt, dass ein Appell an die Vernunft der Ruheständler mindestens genau so viel bewirkt wie eine Zwangsmaßnahme. Keine der vielen Omas und Opas wollen die Enkelkinder oder andere durch falsches Fahrverhalten gefährden. Sollte es trotzdem eines Tages dazu kommen, dann benötigen diese Menschen auch alternative öffentliche Mobilitätssysteme. Auch hierüber sollten die Politikerinnen und Politiker vor gesetzlichen Zwangsmaßnahmen nachdenken, d.h. es müssen vorher unterstützende und funktionsfähige Mobilitätsangebote zur Verfügung stehen.

Der Seniorenbeirat der Stadt Neu-Anspach engagiert sich beizeiten und möchte auch die starke Bevölkerungsgruppe der Menschen 60plus zur Thematik sensibilisieren und im eigenen Interesse sollte jeder Bürger sich eine Meinung bilden und ggf. auch den politisch Handelnden mitteilen. Die anstehenden EU-Parlamentswahlen könnten dazu eine gute Gelegenheit sein. Wieso nicht auch einmal seine individuelle Meinung dem Wahlkreisabgeordneten des Bundestags oder den Kandidaten für die EU-Parlamentswahlen mitteilen? Wenn wir alle zusammenhalten, können wir politische Entscheidungen beeinflussen. So kann unsere Bevölkerungsgruppe auch auf ihre Interessen hinweisen und diese werden dann hoffentlich auch angemessen beachtet.